

Der „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.— im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Schriftband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9

Die neungruppierte Nonparillergasse oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inzerentensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inzerentensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ungarn und die kleine Entente

Das Ultimatum

Aus Wien wird gemeldet: Im Laufe des Freitags dürfte das tschechoslowakische Ultimatum in Budapest überreicht werden. Spätestens morgen soll die Tschechoslowakei den gleichen Schritt in Budapest unternehmen. Die Gründe, aus denen die Ueberreichung des Ultimatum der kleinen Entente eine Verzögerung erfährt und weshalb Prag und Belgrad gesondert vorgehen, sind folgende:

Die große Entente, vor allem Frankreich und Italien haben sich zunächst vor Horthy gestellt, sie ließen ihren Verbündeten von der kleinen Entente in die Arme und hinderten sie im letzten Augenblick an der Ueberreichung des Ultimatum. Die kleine Entente gab ihre Forderungen nicht auf. Das einzige, was die große Entente erreichen konnte, war ein Aufschub der Ueberreichung der Ultimata. Sämtliche Wiener Abendblätter beschäftigen sich sehr eingehend mit den in den letzten Tagen besonders klar hervorgetretenen Gegensätzen zwischen der großen und kleinen Entente und weisen darauf hin, daß in der kleinen Entente eine sehr starke Stimmung vorhanden ist, die vollständige Erfüllung des Trianoner Friedensvertrages durchzusetzen. Gegen diese Tendenzen wendet sich vor allem Italien, das schon aus Prestige-Gründen an der Durchführung des Benediger Abkommens interessiert ist.

Die Haltung Italiens wird sicher nicht nur durch die Rücksichten auf das Abkommen von Venedig, sondern auch die Befürchtungen vor einer Machterweiterung des tschechoslowakischen Staates bestimmt. In Rom sieht man ein Ungarn, das stark genug ist, um unter Umständen gegen Südslawien ausgepielt werden zu können, sehr gern und besteht deshalb nicht auf vollständiger Durchführung des Trianon-Vertrages und der in ihm vorgesehenen Entwaffnung. Italien hat sich dem Protest gegen die Rückkehr des Habsburgers angeschlossen, aber gegen Horthy hat es nichts einzuwenden. Seine Politik läuft aber, um von den inner-ungarischen Verhältnissen ganz zu schweigen, nicht nur den Interessen der unmittelbar an Ungarn angrenzenden Länder, sondern auch denen von ganz Mitteleuropa entgegen.

Der ungarische Außenminister über die Lage

EE. Budapest, 28. Oktober.

In einem Interview mit dem Korrespondenten der „Europe“ erklärte der Minister des Aeußeren, Graf Baulny, Ungarn habe die außerordentlich schwere Krise dank der Besonnenheit und Festigkeit der ganzen Nation überstanden und damit den Beweis geliefert, daß es im Interesse des europäischen Friedens auch zu den schwersten Opfern bereit sei und über genügend Kraft verfüge, um seinen Willen auch zur Geltung zu bringen. Die Lage war diesmal beispiellos schwierig, da nicht nur starke Gefühlsmomente und ein nicht geringes Ueberraschungsmoment zu überwinden waren, sondern auch die Durchsetzung des eigenen Willens auf große physische Schwierigkeiten stieß. Namentlich die zur Umkehr des Handtreiches erforderlichen Truppen waren nicht sofort zur Hand. Zwei wichtige Umstände bewirkten aber unwiderleglich, daß Ungarn freiwillig alles getan hat, um den Frieden zu wahren: Zuerst beschloß der Ministerrat bereits am Sonnabend, dem Handtreich gegenüber unbedingt auf der einzig möglichen Grundlage des Geleges zu verharren und diesen Standpunkt auch mit größtem Nachdruck zu verteidigen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, bevor noch das Ausland zu dem Handtreich hatte Stellung nehmen können, oder gar eingeschritten wäre. Die Entscheidung der ungarischen Regierung war daher vollständig frei von jedem fremden Einfluß. Zweitens sagte der Ministerrat am Sonntag morgen den Beschluß, in den Waffenstillstandsbedingungen auch

den Thronverzicht zu fordern. Diese Bedingung wurde den Unterhändlern des Königs bereits am Montag morgen mitgeteilt, am Montag nachmittag hielt dagegen die Bolschaker-Konferenz erst ihre Sitzung ab, so daß auch diese Entscheidung der ungarischen Regierung frei von jeder Beeinflussung war. Wir verhandeln gegenwärtig mit den Vertretern der Ententegroßmächte über den endgültigen Aufenthalt des Königs und hoffen mit Bestimmtheit auf eine Einigung. Von der kleinen Entente ist uns jedenfalls bisher kein Ultimatum überreicht worden. Die Opfer der Kämpfe werden am Sonnabend unter großen Feierlichkeiten auf Staatskosten beigelegt werden.

Die englische Ansicht

London, 28. Oktober.

Reuter erfährt, daß auf dem Foreign Office von einem Ultimatum der kleinen Entente an Ungarn nichts bekannt ist. Man ist durchaus der Ansicht, daß der vormalige Kaiser Karl entweder abdanken oder offiziell entthront werden muß. In dieser Frage stimmen die große und die kleine Entente überein. Die englische Ansicht geht dahin, daß für ein Ultimatum keine Notwendigkeit besteht, da die gesamte Frage auf friedlichem Wege gelöst werden kann. Man ist der Meinung, daß der Friedensvertrag aufrechterhalten werden muß, und daß eine finanzielle oder territoriale Kompensation auf Kosten Ungarns mit dem Friedensvertrag nicht vereinbar sein würde.

Bayerische Monarchisten in Ungarn

EE. Paris, 28. Oktober.

Der „Temps“ widerspricht dem Gerücht, als ob Frankreich das Abenteuer Karls unterstützte hätte. Das Gegenteil sei der Fall. Es seien die deutschen Monarchisten gewesen, die hinter dem Unternehmen standen. Das Flugzeug Karls, das ihn nach Ungarn brachte, sei von einem Deutschen gelenkt worden. Bereits am 20. Oktober seien bayerische Monarchisten nach Ungarn abgereist. Eine Restauration der Habsburger wäre für die Wittelsbacher und Hohenzollern keineswegs peinlich gewesen. Denn die Geschichte des Krieges lehrt, daß ein Habsburger gegenüber Deutschland nichts zu bedeuten habe. Dem Wunsche der kleinen Entente müsse entsprochen werden, und nicht nur Karl, sondern die ganze habsburgische Dynastie müsse entthront werden.

Zusammenstöße in Böhmen

Mauen, 28. Oktober.

Wie hierher berichtet wird, kam es am gestrigen Donnerstag, dem ersten Mobilmachungstage der Tschechoslowakei, in Graslitz zu blutigen Zusammenstößen. Die deutschen Militärpflichtigen weigerten sich, dem Einberufungsbefehl Folge zu leisten, und es war deutscherseits auch Generalkriegsgericht als Protest gegen die Einberufung proklamiert worden; sämtliche Betriebe, auch Läden, wurden geschlossen. Gegen 5 Uhr nachmittags trafen aus Eger etwa 40 tschechische Legionäre mit Maschinengewehren unter Führung einiger Offiziere ein zur Verstärkung der schwachen tschechischen Besatzung, bald darauf kam es auf dem Marktplatz zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und tschechischem Militär, das lebhaftes Feuer auf die Deutschböhmen eröffnete. Von letzteren wurden, wie die „Neue Bögsländische Zeitung“ meldet, 6 getötet und etwa 20 verwundet, auf tschechischer Seite gab es einen Toten und mehrere Verwundete. Das tschechische Militär trieb schließlich die Deutschböhmen mit Gewalt auseinander.

Diese Nachricht ist mit aller Vorsicht aufzunehmen. Zumindest dürfte die Darstellung stark übertrieben sein. Nachdem die deutschen Sozialdemokraten und die Deutschbürgerlichen in der Tschechoslowakei mit der Prager Regierung angesichts der ersten Ereignisse zu einer Verständigung gelangt sind, handelt es sich bei dem Unruhen offenbar um nationalistische Elemente, ähnlich unseren Deutschvölkischen, denen der nationalistiche Rummel eben über alles geht.

Auch diese neue Androhung der Ermordung mißliebiger Minister beweist, daß die deutsch-nationale Propaganda, die sich trotz der Erzbergeraffäre nicht im geringsten vermindert hat, auch weiter auf fruchtbaren Boden fällt. Die braunschweigische Regierung, und besonders Genosse Dertter, der den braunschweigischen Junkern und Bourgeois so derb und unverblümt die Wahrheit zu sagen weiß, sind seit langem Gegenstand des unverföhlichsten Hasses dieser Kreise. Alle Mittel, von den formalrechtlichen der Anzweiflung des Zurechtbestehens des gegenwärtigen Landtages bis zu den gemeinsten und niedrigsten Verleumdungen, werden angewendet. Bis jetzt vergeblich. Nun soll der Mord helfen. Wer bezweifelt noch, daß für die Reaktionen in Deutschland der Mordmord das vornehmste politische Kampfmittel geworden ist?

Die bayerische Regierung hat eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt für Angaben, die zur Feststellung des Täters führen können, der den nächstlichen Angriff auf den Abgeordneten Auer unternommen hat.

Nicht schlapp machen!

Unleugbar ist die Basis, auf der das neue Kabinett Wirth steht, schmal und schlüpfrig. Will es sich auf ihr halten, so ist die erste Voraussetzung die, daß es auf sich selbst vertraut, die zweite, daß die beiden Parteien, aus denen es zusammengesetzt ist, sich auf ein festes und klares Programm einigen und besonders in der Steuerfrage, die die deutsche Politik in der nächsten Zeit beherrschen wird, wissen, was sie wollen, und entschlossen sind, zu wollen, was sie wissen.

Das ist um so mehr erforderlich, als schon von allen Seiten die Versuche einsehen, den Kredit der Regierung zu erschüttern und ihr die Arbeit unmöglich zu machen. Die, deren Sehnsüchte nicht gestillt wurden, deren Hoffnung, die obersteleische Angelegenheit zu einer innerpolitischen Kursänderung benutzen zu können, unerfüllt geblieben ist, wollen sich jetzt dafür rächen, daß ihnen die Felle weggeschwommen sind.

Es werden Gerüchte in Umlauf gesetzt, um die Unüberwindlichkeit der dem Ministerium erwachsenden Schwierigkeiten darzutun. Dazu gehört die Nachricht, daß Deutschland nicht in der Lage sei, die am 15. November fälligen 500 Millionen Goldmark zu zahlen. Sie wird verbreitet, obwohl an diesem Termin gar keine Zahlung zu leisten ist. Dazu gehört die von der konservativen Presse weitergegebene Meldung eines Handelsfachblattes, wonach die Arbeiten für die Kredithilfe der Industrie unterbrochen worden seien, weil die Industrie kein Interesse habe, sich nach dem Verlust eines so wichtigen Teiles von Oberschlesien für Reparationszwecke zu engagieren.

Aber bei Gerüchten hat es nicht sein Bewenden. Es wird stärkeres Geschäft aufgeföhren, und wenn Herr von Batodi, der Reichskommissar zur Ausführung von Wiederaufbauarbeiten, gerade in diesem Augenblick seine Entlassung verlangt, so wüßte man, was das zu bedeuten hätte, selbst wenn er nicht ausdrücklich das Fehlschlagen seiner auf eine Verbreiterung der Regierungskoalition gerichteten Erwartungen ins Treffen führte. Er habe, so sagt er, seine Aufgabe in dem Glauben übernommen, daß alsbald die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands durch eine auf breiterer Grundlage gebildete Reichsregierung ermöglicht werden würde. Da das Gegenteil eingetreten sei, müsse ein anderer das Amt antreten, der seine Aufgabe auch unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen für möglich halte. Das steht einem Sabotageversuch verweiseft ähnlich.

Aber der Fall Batodi sollte dem Kabinett zu denken geben. Es muß sich die Frage vorlegen, ob es zweckmäßig ist, zur Lösung von Spezialaufgaben Leute heranzuziehen, die anderen Geistes sind als die Regierung selbst. Solche Bemühungen, durch Anstellung von Mitarbeitern aus dem anderen Lager günstig auf die Stimmung des Gegners einzuwirken, sind sehr gefährlich, und bis zu einem gewissen Grade gilt hier das Goethesche Wort, nach dem man am Ende von den Kreaturen abhängt, die man macht.

Wir bezweifeln deshalb auch, ob es gerade zweckmäßig war, als Kommissare für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen den bisherigen Staatssekretär Lewald und den bisherigen Justizminister Schiffer zu bestellen. Herr Lewald ist ein Bureaukrat, der es zwar geschickt verstand, den Mantel nach dem Winde zu hängen, aber doch im Grunde immer ein Mann des alten Systems blieb, und Herr Schiffer ist — eben Herr Schiffer. Daß dieser Demokrat das ihm angetragene Amt übernommen hat, ist bezeichnend für die Demokraten. Daß man es ihm in diesem Augenblick anbot, ist kein Beweis für das Selbstbewußtsein des Kabinetts Wirth. Gerade Schiffer ist es gewesen, der den ersten Anstoß zur Krise gab. Nach unserer Meinung wäre es nicht notwendig gewesen, ihn darüber zu trösten, daß die Krise einen anderen Verlauf nahm, als er und seine Partei es erwarteten. Man sollte den Eindruck vermeiden, als laufe man jemanden nach, zumal wenn dieser Jemand einer ist, von dem man weiß, daß sein politisches Handeln außer von seinem persönlichen Ehrgeiz einzig und allein von dem Wunsch bestimmt wird, der Deutschen Volkspartei die Wege zur Regierung zu bereiten.

Das gegenwärtige Ministerium hätte wahrhaftig alle Ursache, sich der Stinnespartei gegenüber recht reserviert zu verhalten. Der Teufel, dem man den kleinen Finger reicht, will die ganze Hand, und je nachgiebiger sich das Kabinett zeigt, umso mehr Trümpfe spielt es denen zu, die die Unmöglichkeit seines Bestandes darzutun suchen.

Dieser Pfauemacher gibt es gar viele, und wie nicht anders zu erwarten war, meldet sich auch sofort wieder Herr Stegerwald mit seinen Kaschandrarrufen. Ihm schwanzt Unheil, und seine alte Abneigung gegen seinen Parteifreund Wirth läßt ihn dessen Experiment höchst bedauerlich erscheinen. Während der Zentrumsabgeordnete Joss in der „Germania“ auseinandersetzt, daß die Volkspartei sich auf absehbare Zeit aus dem Kreis regierungsfähiger Parteien geradezu ausgeschaltet habe, beeilt sich Stegerwald im „Deutschen“ der Frage, ob der Gedanke der großen Koalition geschlagen sei, ein ent-

Der Mordmord blüht

Neue Norddrohungen

Aus Braunschweig wird gemeldet: Der der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörige braunschweigische Ministerpräsident Dertter, sowie ein weiteres Mitglied der braunschweigischen Landesversammlung haben dieser Tage an eine Drohbriese aus Verpächterkreisen erhalten, worin eine sofortige Erhöhung des Pachtpreises auf das Achtfache gefordert wird. Für den Fall, daß dieses Verlangen nicht erfüllt werde, wird den Adressaten das Schicksal Erzbergers angekündigt. Die Schreiben tragen die Unterschrift: „Nationale Geheimabteilung.“ Den Anlaß zu diesen unverhüllten Drohungen mit dem politischen Mordmord, die angesichts des soeben erfolgten neuen Attentats auf den sozialistischen Abgeordneten Auer-München eine besondere Beachtung verdienen, bildet die kürzlich erfolgte Neufassung der braunschweigischen Pachtschuldenordnung in vorbildlichem sozialdemokratischem Geiste. Selbstverständlich werden weder die Regierung noch die sozialistische Landtagsmehrheit sich durch solche Drohungen von dem einmal eingeschlagenen Wege abbringen lassen.

Die Schupo in Mitteldeutschland

Das Ergebnis der parlamentarischen Untersuchung — Unaufgeklärte Verbrechen

Ämtliche Erklärungen

Schiedenes kein entgegenzusetzen. Die große Koalition kommt, weil sie kommen muß, die Frage ist nur, ob sie sofort oder in kurzer Zeit erreichbar ist. Die erforderlichen Steuern lassen sich nach Ansicht des preussischen Ministerpräsidenten nur mit starken Mehrheiten durchsetzen. Es müsse im Reichstag eine feste Steuerarbeitsgemeinschaft gebildet werden. Keine Partei gehe in der Steueraufbringung bis zur alleräußersten Grenze, wenn ihr nicht ein entsprechender Einfluß auf die Führung der Reichspolitik eingeräumt werde. Die große Koalition sei daher eine deutsche Lebensfrage.

Hier wird also die Möglichkeit, die Finanzreform auf andere Weise als unter Mitwirkung der Deutschen Volkspartei zu machen, von vornherein vollständig ausgeschlossen, und ein Mann, der in seiner doppelten Eigenschaft, als führendes Mitglied der regierenden Zentrumspartei und als preussischer Ministerpräsident Anspruch auf Autorität besitzt, glaubt die Stimmlosen in ihrer Überzeugung befestigen zu müssen, daß es ohne sie einfach nicht geht. Die Frage erörtert für ihn einfach nicht, ob dem Kabinett nicht dann, wenn die berühmte Kreditaktion an dem Widerstand der Industrie scheitert, der Weg offen steht, durch die zwangsmäßige Erfassung der Goldwerte die Finanzen des Staates zu sanieren. Er erklärt ein Regieren gegen die Großkapitalisten und ihre Partei von vornherein für ausgeschlossen und tut so alles, was in seinen Kräften steht, um sie in ihrer Steuerfurcht zu bestärken.

Stegerwald spricht nicht im Auftrag der Reichsregierung. Aber trotzdem würde es zweckmäßig sein, wenn die Reichsregierung recht deutlich durch Worte und Handlungen ihre abweichende Auffassung zum Ausdruck brächte. Der Reichsfänger hat, als die ersten Nachrichten über die oberösterreichische Entscheidung eintrafen, gesagt, man dürfe nicht ohne weiteres die Spitze ins Korn werfen. Das gilt auch jetzt. Seine und seiner Mitarbeiter Aufgabe ist es, einen Finanzplan zu vertreten, der sich von Rücksichten auf die Wünsche der rechtsstehenden Parteien und die Anregungen der Industrie möglichst frei hält. Das kann mit um so größerer Festigkeit geschehen, als ja nach der neuesten Erklärung der Kommunisten auch die äußerste Linke für die Erfassung der Goldwerte zu haben ist. Wenn die Regierungsparteien entschlossen sind, dann verjagt das Kabinett auch in dieser Sache über eine Mehrheit. Waschen sie aber noch vor Beginn des Kampfes schlapp, dann haben sie die Schlacht und den Feldzug verloren. Dann beweisen sie, daß sie des eben errungenen Sieges unwürdig sind.

Keiner verlangt von ihnen leichtfertigen Optimismus. Aber, auch wenn die Börsegerüchte von dem großen amerikanischen Kredit nicht der Wahrheit entsprechen, steht die Sache der Regierung bestimmt nicht verzweifelt. Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen tut freilich not, wenn nicht das Ende vom Lied sein soll, daß den Rechtsparteien, von deren Zusammenarbeiten Graf Westarp losben in einer Karlsruhe Rede Schönes zu sagen wußte, das Sest in die Hände gespielt werden soll.

Zu den Waffen!

In einer Rede zu Karlsruhe hat der deutschnationalste Graf Westarp seinem gepreßten Herzen Luft gemacht. Beinhaltig seinem Kollegen Hergt im Reichstag predigt er die „Irredenta“ für Oberösterreich und verurteilt er die Erfüllungspolitik Wirths.

„Die Erfüllungspolitik Dr. Wirths ist bankrott, und ein neuer unabwendbarer Zusammenbruch dieser Koalition steht bevor. Es kommt mit Sicherheit der Zahlungstermin, an dem Deutschland seine Unmöglichkeit zu zahlen eingestehen muß. Wenn in den Tributzahlungen nicht Wandel geschaffen wird, nähern wir uns mit Riesenschritten den österreichischen, polnischen und russischen Verhältnissen.“

Über der Graf hat ein Rezept für die Heilung unserer Not in Bereitschaft. Das Volk sehe mit zu großer Gleichgültigkeit der Entlohnung zu. Dazu komme das denunziatorische Verhalten der Untertanen und nun warte Deutschland darauf, daß die Welt ihm folge und auch entwaffne.

Die ganze Welt starrt ja in Waffen. Deutschland hat, da die anderen Mächte in der Abrüstung nicht folgen, das Recht, zu dem zurückzukehren, was es groß und stark gemacht hat, nämlich zu einer allgemeinen Wehrpflicht. (Starker, langanhaltender Beifall.) Am Rhein wird es nicht anders gehen als in Oberösterreich. Deshalb müssen wir uns klar sein, daß wir vor einer Wahl stehen. Freiwillig wird Frankreich nicht aus dem linksrheinischen Lande gehen und den anderen Mächten wird es nicht folgen. Deshalb: entweder findet Deutschland sich damit ab, daß es dauernd das linke Rheinland und den Rhein verliert, oder es ist entschlossen, sich selbst zu helfen. (Langanhaltender Beifall.)

Also: neue Rüstungen, neue Kriege! Im Reichstag selbst haben es die Deutschnationalen bisher nicht gewagt, sich so offen auszusprechen. In Volkssammlungen enthüllen sie ihre wahren Absichten. Das Echo von drüben wird nicht ausbleiben.

Nach den Berichten über seine Rede erklärte sich Graf Westarp, nachdem er seine Freude über die Annäherung der beiden Rechtsparteien ausgesprochen hatte, für eine Koalition der bürgerlichen Mitte. Das könnte zunächst überraschen, aber die Deutschnationalen zweifeln eben nicht daran, daß diese Koalition der Mitte zuletzt von ihnen abhängig sein und nach ihrem Gebot handeln würde.

Zustizkorruption in Bayern

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

München, 28. Oktober.

In der „Münchener Post“ übt ein höherer Justizbeamter erst Kritik an der bayerischen Justiz, wobei interessante Enthüllungen über Vorgänge hinter den Kulissen der bayerischen Justiz gemacht werden. In der Strafschutz habe sich das Nahbedürfnis des Bürgertums wegen der Räterepublik aus. Noch als Müller-Meinigen Justizminister war, habe man Gerichtsvorstände, die nicht die bestellte „volkstümliche“ Justiz boten, sondern Rüstläufer der Räterepublik freisprachen, kurzerhand wegbefördert. Unter dem Justizminister Roth habe jene mit russischen Tagebuchaufzeichnungen „begründete“ Justiz ihren Höhepunkt erreicht. Es habe aber auch aufrichtige Männer gegeben, die die Leitung gewisser Strafprozesse ablehnten, als man ihnen die Weisung erteilte, bestimmte kompromittierende Dinge in öffentlicher Verhandlung nicht zu berühren. Diese Prozesse wurden dann von anderen willigeren Justizbeamten geführt. Diese Herren scheuten sich nicht, im Prozeß gegen Arco, dem Mörder Eisners, damit zu prahlen, daß sie den damaligen Justizminister mit in die geheimen Gänge einer monarchistischen Verschwörung hineinschauen ließen. Am Schluss dieses Artikels wird dann die Befreiung der sogenannten Volksgerichte gefordert, die als schändlich bezeichnet werden.

Im Untersuchungsausschuß des Landtages wurde am Freitag die Zeugenvernehmung zu Ende geführt. — Zeugin Frau Straube-Quersfurt, die Witwe des erschossenen Konsumvereinsverwalters Straube, legt den arg zerfetzten Hut ihres Mannes vor. Die Sipomannschaften haben einen ganzen Wagen voll Konsumvereinsjacken, Hosen, Schuhe, Wäsche usw. fortgeschickt. Vom Bürgermeister Behrendt ist trotz Auforderung

Hilfe verweigert

worden, weil es sich angeblich um ein Lager der Roten Armee handele, was tatsächlich nicht der Fall war. Schupfanäle habe ich an der Leiche meines Mannes nicht gesehen, wohl aber war sein Gesicht ganz blutüberlaufen. — Auf Befragen erklärt Zeugin, ihr Mann habe auf Grund des Waffenscheines einen Revolver für das Geschäft gekauft, weitere Waffen, außer einem Selbstgewehr, aber nicht gesehen. Bürgermeister Heinke hat die Nachricht von der Erschießung schon vor der Exekution gehabt.

Bürgermeister Heinke: Der erschossene Straube war der Führer der Quersfurter Arbeiterkassette. Er hat Arbeitern mit Erschießen gedroht, wenn sie nicht mitmachten. Straube war früher sehr ruhig, hat sich aber zum Gewaltmenschen entwickelt. Ich bin von den Arbeitern als Geisler festgehalten worden. Wann ich von der Erschießung Straubes Kenntnis erhalten habe, kann ich nicht angeben. Von einer Auferstehung des Behrendt über die Plünderung der angeblichen Roten Armee-Lager ist mir nichts bekannt. Den Trupp gefangener Arbeiter mit Straube gegen das Ende des Juges habe ich gesehen. Dieser hat mit noch zugerufen:

Ich bin unschuldig, Herr Bürgermeister!

Auf Einzelheiten kann ich mich nicht festlegen, denn ich war selbst verumdet. Nach Feststellung des Polizeiarztes ist Kopfverletzung die Todesursache bei Straube gewesen.

Nachwächter Schlepfer-Quersfurt sagt über die Erschießung zweier Gefangener durch zwei Angehörige der Düsselbacher Hundertschaft bei der Jüdelstraße aus, deren einer Straube gewesen sein soll. Der kommissarische Amtsvorsteher Schaf-Besenstedt hat eine Erschießung nicht wahrgenommen. Das Gesetzt hat am Ende des Dorfes stattgefunden. Ich habe aber doch einige Leichen im Dorfe vorgefunden. Es soll sich dabei um

Erschießungen nach dem Gesetzt

handeln. Von den Aufständischen soll aus Deckung hinter den Häusern geschossen worden sein. — Abg. Kilian (K. P. D.): Haben die Augenzeugen die Erschießungen wahrgenommen? — Zeuge: Sie wollten Augenzeugen gewesen sein. Sie haben ausgesetzt, daß nach stattgefundenem Gesetzt die Leute „zu Tode gekommen“ sind.

Auf Frage des Abg. Kilian sagt Zeuge aus, auf dem Friedhof von Besenstedt seien acht Leichen begraben worden, ordnungsmäßig nebeneinander, wenn auch ohne Sarg. — Zeuge Heinrich Lehmann-Charlottenburg hat als Schupo-Beamter an dem Gesetzt von Besenstedt teilgenommen. An dem Gesetzt waren auch

22 Hainfelder Zellfreiwilige

beteiligt. Der Amtsvorsteher von Hainfeld ist dem Leutnant von der Tann zum Verhör vorgeführt worden, der ihn aber nicht zu Worte kommen ließ. Der Offizier hat dann Befehl gegeben, den Amtsvorsteher zum Hauptmann zu führen. Dabei hat er angeordnet, daß der Gefangene durch einen Hohlweg geführt werden sollte, und hat zugleich eine nicht mißzuverehende Gele des Erschießens gemacht. Der Amtsvorsteher ist denn auch offenbar in dem Hohlweg erschossen worden. Ein Kamerad hat mir davon erzählt; mit beigemohnt habe ich der Erschießung nicht. 2000 Mark, die angeblich in der Wohnung des erschossenen Amtsvorstehers gefunden worden sind, wurden den Sipobeamten übergeben.

Über ihren Verbleib kann ich nichts angeben. Auf die Frage des Vorstehenden nach dem Grunde seiner Entlassung aus der Schupo gibt Zeuge an, er habe in der Erregung über das Verhalten des Leutnants von der Tann die Auferstehung fallen lassen, ich könnte diesem Menschen mit dem Karabiner vor den Schadel schlagen. Nach Beendigung des Verhörs teilt Staatskommissar Dr. Weichmann im Auftrage des Ministers des Innern mit, daß der Minister auf Grund des Berichtes sofort den Justizminister um Untersuchung der neu bekanntgewordenen Mordhandlungsfälle gebeten hat. Nach dem Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen schweben bei der Staatsanwaltschaft in Naumburg zurzeit nur noch drei Untersuchungsverfahren über die mitteldeutschen Unruhen.

Schulmachersmeister Freige befundet über die Erschießung des Ortsvorstehers Müller in Kloster Mansfeld, er selbst sei nicht Augenzeuge gewesen, habe aber gesehen, wie Müller in der Nacht abgeführt wurde. Ein Wachmeister der Schupo sagte ihm, wenn wir den Müller haben, hat seine letzte Stunde geschlagen. Die gleichen Angaben macht die als Zeugin vernommene Ehefrau.

Zu der Erschießung des Ortsvorstehers Rosenhauer sagt der Zeuge Lichtenberger aus, daß er bei Schenklich die Erschießung eines jungen Menschen gesehen habe, der sich an der Verhaftung von Sipobeamten beteiligt haben soll. Er hat ferner gesehen, daß der kommunistische Bäckermeister, Ortsvorsteher Rosenhauer, der starke Kopfwunden aufwies, auf der Straße nach Schenklich

von Sipobeamten erschossen

worden ist. Der Zeuge ist wegen „unkameradschaftlichen Verhaltens“ aus der Schupo entlassen worden. Der wahre Grund sei der, daß er die Kameraden abgehalten hat, sich an denartigen Vorgängen, wie den geschloffenen, zu beteiligen. In Leuna hat der Zeuge beobachtet, wie Leutnant von der Tann auf einen Gefangenen angelegt, aber nicht geschossen hat, weil der Hauptmann dazwischen trat mit den Worten: „Herr Leutnant, das geht aber nicht!“

Damit schließt die Zeugenvernehmung. Abg. Kilian (Komm.) stellt einen Antrag auf Fortsetzung der Beweisaufnahme mit der Begründung, daß durch die letzten Zeugenaussagen schwere Ueberriffe der Schupo festgestellt worden seien. — Staatskommissar Dr. Weichmann: Der Minister des Innern vertritt den Standpunkt, daß für die Untersuchung von Ueberriffen die Staatsanwaltschaft die zuständige Behörde ist. Es haben eine ganze Anzahl von Verfahren geschwebt. Dem Justizminister muß Kenntnis gegeben werden, daß dem Ausschuß Material vorgelegen hat, das

der Staatsanwaltschaft nicht bekannt

war. Bereits eingeleitete Verfahren, wie z. B. das Verfahren gegen Leutnant v. d. Tann müssen evtl. wieder aufgenommen werden. — Vorsitzender: Voraussetzung für die Fortsetzung der Beweisaufnahme muß die sein, ob wir in der Lage sind, der Justiz neue Anhaltspunkte für die Untersuchung zu geben. Das erscheint nicht ausgeschlossen. Die Beschlußfassung über den Antrag Kilians muß von der Stellung eingehender Beweisanträge abhängig gemacht werden. Aufgabe des Ausschusses kann es lediglich sein, im Wege der Zeugenvernehmung Stichproben zu machen.

Abg. Liebkecht (U. Soz.): Von unserem Material ist noch nicht die Hälfte vorgebracht worden. — Abg. Dr. Kaufmann (D. P.): Soll nicht doppelte Arbeit geleistet werden, so muß man die Entscheidungen der Gerichte abwarten. — Abg. Feldensreich (D. P.): Was in der Schupo jauch ist, muß aufgeklärt werden. Eine einseitige Belastung der Schupo können

wir nicht ohne weiteres hinnehmen. — Abg. Heilmann (Soz.): Die bisherige Beweisaufnahme hat ergeben, daß die Justiz die Fälle nicht richtig behandelt hat. Diesen Eindruck müssen wir der Regierung mitteilen. Ob wir in eine weitere Beweisaufnahme noch eintreten, kann sich erst später ergeben. — Abg. Reumann (Zit.): Von einer Feststellung, daß die Justiz verfaßt hat, kann keine Rede sein. — Ein

Antrag Liebkecht (U. Soz.)

zwei Delegierte zu den bevorstehenden Schwurgerichtsverhandlungen zu entsenden, wird abgelehnt; eine Fortsetzung der Beweisaufnahme nach dem Antrag Kilian bleibt vorbehalten. — Schließlich nahm der Ausschuß nachstehenden den Antrag des Abg. Drescher und Gen. (Soz.) einstimmig an:

Der Ausschuß wolle beschließen, beim Landtag zu beantragen, das Staatsministerium zu ersuchen,

1. mit aller Beschleunigung Ermittlungen darüber anzustellen, welche Abteilungen der Schupolizei bei den in Frage kommenden Vorfällen (Erschießungen, Grausamkeiten) beteiligt gewesen sind,
2. ebenso beschleunigt zu ermitteln, welche Beamten sich rechtswidrige Handlungen haben zuschulden kommen lassen oder als Vorgesetzte geduldet haben,
3. für schuldig befundene Beamte aus der Schupolizei rüchstandslos zu entfernen,
4. in allen Fällen, wo Verstöße gegen das Strafgesetz vorliegen, die Staatsanwaltschaft mit deren Verfolgung zu beauftragen,
5. dem Landtage über das Ergebnis der Ermittlungen alsbald Bericht zu erstatten.

Damit sind die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses vorläufig erledigt, beim Wiederzusammentritt wird über den Inhalt der dem Ausschuß zugänglichen Akten berichtet und über eventl. weitere Beweisaufnahmen entschieden werden.

Das scheußliche Bild des Treibens der Schupolizei in Mitteldeutschland, das sich schon aus unserem gestrigen Bericht ergab, wird durch die neuen Aussagen vervollständigt. Die Ergebnisse der Untersuchungen des parlamentarischen Ausschusses enthüllen einen entsetzlichen Skandal. Durch die Aussagen gegen die Sicherheitspolizisten wird diese Untersuchung und ihr Ergebnis zu einer Sache der Staatsanwaltschaft, die sich bisher allerdings trefflich bewährt zu haben scheint, wenn sie das Verfahren gegen diesen Leutnant von der Tann eingestellt hat, und auch der Herr Minister Dominicus muß von seinem Bärenfell endlich aufgeschauht werden, auf dem er immer noch zu schnarzen scheint, während die zivilisierte Menschheit mit Fingern auf seine Schupo-Beize weist. Vielleicht muß ihm wieder einmal ein Rahmentanz im Parlament gebracht werden, vor allem aber sollte die Schupo-Beize selbst ihrem höchsten Vorgesetzten verständlich machen, daß Dickschäuternaturen aus seinem Pöbel nicht am rechten Platze sind. Ihr Ansehen steht auf dem Spiele, wenn es ihr nicht gelingt, unwürdige Elemente, Offiziere wie Mannschaften, aus ihrer Mitte auszumergen. Sie selbst muß auf strengste Untersuchung durch den Staatsanwalt dringen, denn wenn die Aussagen als Wahrheit erweisen, dann unterwerfen sie sich dem Zugriff der Sipos in Mitteldeutschland nicht im mindesten von dem bestialischen Treiben der Freischärler-Kotten zu Rosses Glanzzeit. Die Forderungen des Untersuchungsausschusses müssen darum unverzüglich und restlos erfüllt werden.

Und leider liegen tausend Gründe für die Annahme vor, daß die Anklagen gegen die Sipos vollkommen berechtigt sind. Während alle Zeugenaussagen gegen die Sipos absolut sicher und zuverlässig klingen, treten zur Entlastung der Polizei und als Ablager gegen die Arbeiter Leute auf, die sich nicht auf Einzelheiten festlegen können, denen „nichts bekannt“ ist und die „nichts angegeben“ vermögen, wie der Bürgermeister Heinke und anderer.

Alles Drohen und Wenden der Konterrvolutionäre im Untersuchungsausschuß, der christlichen und echtdeutschen Herren, die an den Scheußlichkeiten eine stille Freude haben, weil sie gegen Arbeiter geübt wurden, half darum auch nichts. Obwohl sie ihr Wohlwollen für eine solche Sipos nicht zu verbergen vermochten, mußten sie doch dem Antrag der Erhebung der Anklage und gerichtliche Untersuchung jorzert, zustimmen.

Aber das bleibt ein billiges Vergnügen, wenn jetzt nicht Ernst gemacht und eine Untersuchung eingeleitet wird, die alle Garantien gegen Veruschung und Verschloppung gibt. Diese Schande muß beseitigt und die Schuldigen müssen bestraft werden!

Zu den Ergebnissen der Untersuchung des parlamentarischen Ausschusses wird den P. P. N. von amtlicher Seite geschrieben:

Allen an der Aufrechterhaltung im mitteldeutschen Industriegebiet (März 1921) beteiligten Schupo-Beamten war vor ihrem Einzug nachrücklichst zur Pflicht gemacht worden, sich jeder unvorschriftsmäßigen Behandlung von gefangenen Aufzählern unter allen Umständen zu enthalten. Es wurde ihnen schon damals eröffnet, daß jeder Schupo-Beamte, der sich in dieser Richtung Verstöße zuschulden kommen ließe, strengste Bestrafung zu erwarten hätte.

In allen derartigen Fällen, die sich trotzdem ereignet haben, hat, soweit sie bekannt geworden sind, sofort gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Dieselbe hatte nachstehendes Ergebnis:

- a) den Tod eines gewissen in Quersfurt festgenommenen Straube und einer unbekanntem Person, wahrscheinlich eines Zigeuners;
- b) den Tod des Arthur Jede in Leuna;
- c) die Mißhandlung des Elektromonteurs Steh in Leuna;
- d) den Tod des Bureauschreibers Kurt Herzog aus Bitterfeld in Besenstedt.

In mehreren Fällen schwebt das Untersuchungsverfahren zurzeit noch.

Soweit die Sitzung des Untersuchungsausschusses im preussischen Landtag vom 27. d. M., in der eine Anzahl Zeugen vernommen wurden, neues Material beigebracht hat, wird auch hier seitens des Herrn Justizministers die sofortige Untersuchung der einzelnen Fälle unverzüglich eingeleitet werden.

Diese amtliche Äußerung ist so gut — oder schlimmer — wie keine. Sie führt vier Todes- oder Mißhandlungsfälle von angeblichen „Aufzählern“ an. Diese seien festgestellt worden. Die Aufgabe einer gerichtlichen Untersuchung ist aber nicht die Feststellung des Todes des Ermordeten, sondern die Bestrafung der Schuldigen. Davon sagt die amtliche Äußerung nichts. Und im letzten Absatz trägt sie eine Selbstverständlichkeit vor.

Das Finanzelend der Eisenbahn

Eisenbahn-Finanzelend — Abbildung der Eisenbahnschuld

Der Sinn des Beschlusses des Sachverständigen-Beirates beim Reichsverkehrsministerium in der Frage: Reichseisenbahn oder Privatbahn?, über den wir in unserer gestrigen Abendausgabe berichteten, wird klarer durch einen Vortrag des Geheimrats Kirchhoff, der den Beratungen des Sachverständigen-Beirates zugrunde lag.

Der Beschluß des Beirates lehnt die Ueberführung der Reichseisenbahnen in ein privatwirtschaftliches Unternehmen durch Verschärfung an das Großkapital ab, erstrebt aber die Fortführung des Reichsberriebs nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen und seine Durchführung mit kaufmännischem Geist. Das ist eigentlich die Forderung, die wir und die einsichtigeren und fortgeschritteneren Elemente unter den Eisenbahnarbeitern und Beamten schon seit langem stellen, und man könnte zufrieden sein. Es ist ferner die Aufgabe, die den Reichseisenbahnen durch den Artikel 92 der Reichsverfassung von vornherein gestellt war. Nach diesem Artikel sind die Reichseisenbahnen ungeachtet der Eingliederung ihres Haushalts und ihrer Rechnung in den allgemeinen Haushalt des Reiches als ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten, das seine Ausgaben einschließlich Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld selbst zu bestreiten und eine Eisenbahnruhlage anzustammeln hat. Auch die Verfassung fordert also kaufmännischen Geist und zweckmäßige Eigenwirtschaft von der Eisenbahnverwaltung.

Geheimrat Kirchhoff berief sich nun in seiner Rede auf diesen Artikel und forderte seine Durchführung.

Er berechnet zunächst, daß das Defizit der Eisenbahn nicht vorwiegend durch die Schuld der Eisenbahnverwaltung entstanden ist. Durch die Abkommen mit den Eisenbahnländern bei der Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich sei die Reichseisenbahn schwer belastet worden. Die Mehrbelastung an Zinsen aus den Abfindungen in Höhe von 43 Milliarden, die den Eisenbahnländern zugehört worden seien, betrage jährlich 22 Milliarden Mark. Diese Belastung dürfe von der ohnehin überlasteten Reichsbahn nicht getragen werden. Sogar komme, daß durch das mit den Eisenbahnländern getroffene Abkommen föderalistische paritätische Organisationen geschaffen worden seien, die, wie wir den Ausführungen Kirchhoffs hinzufügen möchten, den Zweck haben, die guten Stellen der höheren Eisenbahnbeamten der ehemaligen Eisenbahnländer zu erhalten. Auch dieser Zustand, meint Kirchhoff weiter, sei mit den jetzigen Zeitverhältnissen, die parlamentarische Einfachheit erfordern, nicht vereinbar. Die durch den Weltkrieg der Eisenbahnen als Kriegsinstrument zugefügten Beschädigungen müßte das Reich als solches tragen, wie andere Kriegsschäden auch. Schließlich kommt Kirchhoff zu dem Schluß: Das Eisenbahnelend der Zukunft muß in Ausführung des Artikels 92 der Reichsverfassung nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltet werden. Das heißt, es muß, losgelöst von den bürokratischen Einrichtungen der übrigen Reichsverwaltung, unter Bildung von Reserve- und Erneuerungsfonds selbständig privatwirtschaftlich betrieben werden. Diese kaufmännische Organisation müßte eine Ergänzung finden, durch die Einsetzung eines aus Delegierten des Reichstages, Reichswirtschaftsrats und Reichsfinanzministeriums bestehenden Aufsichtsorgans.

Soweit Herr Kirchhoff. Nun hat, wie wir ebenfalls schon gestern geschrieben, der Eisenbahnminister vor dem Sachverständigenbeirat die Einbringung eines Eisenbahnfinanzgesetzes mitgeteilt. Dieses Gesetz soll nach in dieser Tagung des Reichstages zur Verabschiedung gelangen. Ueber Zweck und Inhalt dieses Gesetzes entsteht, wie uns scheint, durch die Ausführungen Kirchhoffs einige Klarheit. Der Minister wird, wie gleichfalls im Beirat gesagt wurde, bei Gelegenheit der Beratungen des Eisenbahnfinanzgesetzes eine Reihe von Anwendungsmöglichkeiten privatwirtschaftlicher Grundsätze bei der Eisenbahnverwaltung vorschlagen. Die Einführung kaufmännischer Methoden soll also mit der durch das Eisenbahnfinanzgesetz beabsichtigten Eisenbahnsanierung verbunden werden. Kirchhoffs Andeutungen von der Durchführung des Artikels 92 der Reichsverfassung dürften also so zu verstehen sein, daß die völlige Umstellung des bürokratischen Betriebes auf den kaufmännischen Betrieb mit einer rechtlichen Loslösung der Eisenbahn von allen übrigen Einrichtungen des Reiches verbunden sein soll. Darum verweist er mit so großem Nachdruck auf die Ueberbelastung der Eisenbahnetats durch Positionen, deren Entstehung nicht die Schuld der Eisenbahnverwaltung ist. Diese Belastung erscheint nach seinen Darstellungen sehr deutlich als ein Hindernis für die beabsichtigte kaufmännische Rentabilisierung des Eisenbahnbetriebs.

Das Ganze soll also wohl darauf hinauslaufen, daß die Reichseisenbahn neu aufbauen, zuvor aber einen Teil ihrer Schuld auf die Gesamtreichskasse übertragen will. Dieses dürfte der Inhalt des angeforderten Eisenbahnfinanzgesetzes sein. Die Eisenbahn habe sich, erklärte Kirchhoff, endlich bemüht, aus der zweifelhaften Betriebslage wieder herauszukommen. Jetzt kommen wir, fügte er hinzu, in das Stadium systematischer Neubaus. Dieser „systematische Neubau“, gegen den an sich nichts einzuwenden ist, soll anscheinend beginnen, nachdem die Eisenbahnverwaltung von einem Teil der Schuld, die jetzt als Eisenbahnschuld betrachtet wird, freigeworden ist. Kirchhoff berechnet diesen Betrag auf ungefähr 10 Milliarden, die also das Reich übernehmen müßte.

Wir machen von diesen Zusammenhängen einstweilen Mitteilung, um die Öffentlichkeit auf die kommenden Dinge vorzubereiten. In einer eingehenden Stellungnahme zu den Finanzplänen der Eisenbahnverwaltung wird sich erst in einem späteren Zeitpunkt die passende Gelegenheit bieten.

Steigen des Dollars

Auch gestern wiederum ist der Dollar gestiegen. Nachdem er am Anfang infolge eines Börsenrückgangs bis auf 180 gestiegen war, ging er später auf etwa 172 herunter. Die amtliche Notierung aber verzeichnet einen Kurs von 177,8. Die Zukunft wird zeigen, ob wiederum gewaltige Kurssteigerungen. Eine ganze Reihe von Papieren gewonnen 200 und 300 Prozent. Es wird nicht mehr lange dauern, und Börsenpapiere unter einem Kurs von 1000 wird es überhaupt nicht mehr geben.

Auch an der Produktendörse zeigte sich ein hartes Ansehen der Preise. Obwohl in Amerika der Weizenpreis dauernd fällt, steigt er bei uns an. Der Preis für Weizen hat bereits die Höhe von 6200 Mark die Tonne, also fast das dreifache des Umlagepreises erreicht. Auch die Weizenpreise zogen gewaltig an.

Schiffbruch. Der spanische Dampfer „Torre de Loro“ hat Schiffbruch erlitten. Von den 24 Mann der Besatzung konnten sich nur zwei retten.

Der Kartoffelwucher geht weiter

Anzulängliche Beschlüsse der Ernährungs-Konferenz

Die Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung der letzten Jahre wurden von den Agrariern und Händlern stets als die Folgen der Zwangswirtschaft bezeichnet. Erst wenn sie beseitigt wäre, würden die Kartoffeln und die hohen Preise verschwinden. In den verlockendsten Farben wurde der Segen der freien Wirtschaft geschildert. Auf diese Weise gelang es, die Zwangswirtschaft zu beseitigen. Nun aber bekommen die hoffnungsgläubigen Verbraucher die „Segnungen“ der freien Wirtschaft so schmerzhaft zu spüren, daß viele von ihnen jetzt bereits öffentlich bekannt haben, daß, wenn sie diese vorausgesehen hätten, sie nie die Aufhebung der Zwangswirtschaft mitgemacht hätten, denn nie habe der Wucher so unerschrocken geblüht wie jetzt.

Auch in den letzten Tagen sind die Preise für Kartoffeln in allen Gegenden Deutschlands weiter gestiegen. In Berlin bis auf 1 Mark das Pfund, in Süd- und Westdeutschland noch darüber hinaus. Die Ernte dagegen ist verhältnismäßig gut. Sie würde vollkommen ausreichen, um den Bedarf zu decken. Die Ernte wird auf 26 Millionen Tonnen geschätzt, während der Bedarf für Speisewecke etwa 8 Millionen Tonnen beträgt. Genau so wenig wie der Ausfall der Ernte ist die Wagenstellung die Ursache für die Preissteigerung. Nach den unbestrittenen Angaben des Reichsverkehrsministeriums ist die Gesamtmenge von Kartoffeln, die bisher transportiert wurde, nur wenig geringer als im Vorjahre. Aber selbst wenn hier und da ein Mangel an Wagen vorhanden gewesen sein sollte, die Ursache für die gewaltigen Preissteigerungen ist er nie gewesen. In Ostpreußen zum Beispiel, das eine glänzende Kartoffelernte hat, wo die Kartoffeln nur wenige Kilometer zu transportieren sind, da tobt der Wucher genau so schrankenlos, wie überall. Die „Mittler Allgemeine Zeitung“ teilt mit, daß die Landwirte und die Händler die vereinbarten Verträge strapellos brechen. Sie entziehen sich ohne Bedenken der Erfüllung ihrer Vertragspflicht, wenn ihnen von anderer Seite ein höherer Preis geboten wird.

Unter diesen Umständen sind einschneidende Maßnahmen gegen den Kartoffelwucher sofort notwendig. Nur wenn jetzt eine Beschlagnahme der Kartoffeln und eine Festsetzung von Höchstpreisen erfolgt, wie das durch das Umlageverfahren geschehen würde, läßt sich die Versorgung der Bevölkerung im Winter und Frühjahr noch sichern. Davon aber will Herr Hermes, der Vizepräsident der freien Wirtschaft, der Verantwortliche für den Kartoffelwucher, nichts wissen. Anscheinend dämmert es zwar auch bei ihm, daß seine Politik die jetzigen katastrophalen Zustände in der Ernährung der Bevölkerung mit herbeigeführt hat. In seiner Rede auf der

Konferenz der Ernährungsminister in Odensburg.

die am Donnerstag stattgefunden hat, gab er zu, daß die reinen Ernährungsprobleme, die er früher schon erledigt glaubte, jetzt wieder mehr in den Vordergrund getreten sind. Trotzdem hat die Konferenz sich nicht zu entscheidenden Maßnahmen gegen den Kartoffelwucher entschließen können. Nur ein kleiner Teil der Konferenz forderte Beschlagnahme der Kartoffeln und Festsetzung von Höchstpreisen. Die Mehrheit entschied sich für die Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Besserung der Wagenstellung für die östlichen Uebersehungsbezirke.
2. Unterlassung jeder Ausfuhr und Durchführung der strengen Ueberwachungsmaßnahmen.
3. Möglichste Verringerung der Bearbeitung von Kartoffeln in Stärkefabriken, Trodnereien und Brennereien. Die Verarbeitung soll auf Kartoffeln, die für die menschliche Ernährung ungeeignet sind, beschränkt werden.
4. Begegnung der wilden Aufkäufe durch Anordnungen und Abhängigmachung des Auskaufs von Kartoffeln beim Erzeuger zwecks Weiterverkauf von der Erlaubnis einer von der Landesregierung zu bestimmenden Behörde des Ankaufgebietes.
5. Die Eisenbahn soll ersucht werden, nur solche Sendungen zu befördern, die von Aufkäufern angegeben werden, die sich im Besitze eines Erlaubnisheimes befinden.
6. Falls Landwirte oder Händler den Preis in einer Weise steigern, der den Gestehungskosten und der Marktlage in keiner Weise entspricht, soll von den Vorständen der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 sowie von dem Gesetz über Verhinderung von Strafen wegen Schleichhandels, Preistreiberei und verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände vom 18. März 1920 paahdrücklich Gebrauch

Wulles Rote Armee

Getreu dem Grundsatze, jede Nummer eine Sensation, den Wulle für seine rechtsradikalen Elandblättchen bei ihrem ersten Erscheinen aufstellte, enthält wirklich jede Nummer irgendeinen — Schwindel. Nur ist der Schwindel nicht immer originell, denn diese Gewandtheit bringen selbst Wulle und die Seinen nicht dauernd auf. Womit wir sie in den Augen ihrer Anhänger nicht etwa herabsehen wollen, denn unsere Achtung vor ihrem Talent in diesem Punkte ist trotz alledem unergründlich.

Aber es ist weder originell noch eine Sensation, wenn man heutzutage von einer „Roten Armee“ und von einem bevorstehenden Putsch redet, der mit ihrer Hilfe gemacht werden soll. Alle „Roten Armeen“ haben sich bisher als Hirngespinnste der Spindel oder — im günstigsten Falle — als harmlos dummes Spiel politischer Kinder mit Papierkugeln erwiesen. Und weder mit Hirngespinnsten noch mit Papierkugeln kann man einen Putsch machen. Dazu muß schon soviel Blut und Leben vorhanden sein, wie in den Herrn Wulle nachstehenden Drageschläber.

Also, um kurz zu sein, Wulles „Deutsches Tageblatt“ verwandte gestern schon einen zweiten Artikel auf die Enthüllung eines Planes zu einer „Roten Armee“. Alles weiß der Mann genau:

Die

gesamte Berliner Proletariatsjugend versammelt sich am kommenden Sonntag, vormittags 10 Uhr, in den Musik-Festsaal, Kasse, Wilhelm-Strasse 31, um ihre

Pflicht

als junge Sozialisten zu genügen. In allen Ländern, wo es eine sozialistische Proletariatsjugend gibt, wird

der

Tag zum Zeichen des gemeinsamen Kampfes und der internationalen Zusammengehörigkeit der

Proletariatsjugend

müdig begangen. Kein junger Arbeiter und keine junge Arbeiterin darf am kommenden Sonntag beiseits stehen.

gemacht werden. Die Strafverfolgungsbehörden sollen von den Ländern strengstens angewiesen werden, daß bei Beurteilung der Frage, ob ein Vergehen gegen § 1 Absatz 1 Nr. 1 der Verordnung gegen Preistreiberei vorliegt, nicht die vielfach anormale Marktlage maßgebend sei, sondern daß hierbei die Gesamtverhältnisse, insbesondere auch die Gestehungskosten, berücksichtigt werden müssen.

Daß durch diese Maßnahmen der Wucher wirksam bekämpft werden kann, ist eine Illusion, die denen, die jetzt noch an sie glauben, eine bittere Enttäuschung bereiten wird. Die Mehrheit der Konferenz aber scheint auch selbst an die Wirksamkeit ihrer Beschlüsse nicht zu glauben. In dem amtlichen Bericht über die Konferenz wird bereits darauf hingewiesen, daß „wenn diese Erwartungen sich nicht erfüllen und dringende Notstände eintreten, (sind sie jetzt noch nicht da? Red. d. Fr.) müsse der Ernährungsminister eine Bestandsaufnahme (1) zwecks Vorberingung (2) weiterer geeigneter Maßnahmen für die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung anordnen.“

Dann aber ist es zu spät. Im Winter, wo der Frost den Kartoffelverkauf verhindert, da läßt sich die Beschlagnahme nicht durchführen. Ist bis zu dieser Zeit die Versorgung der Bevölkerung in den Großstädten nicht gesichert, so kann sie in den Wintermonaten auch nicht mehr gesichert werden. Deshalb darf man nicht erst un wirksame Maßnahmen beschließen und wirksame für eine spätere Zeit in Aussicht stellen, sondern man muß die wirksamen sofort und energisch durchführen. Das aber wollen die Ernährungsminister nicht, weil sie ja damit eingestehen würden, daß ihr freier Handel die Schuld an dem Kartoffelwucher trägt.

Es ist deshalb Aufgabe des Reichstages, der sich am Donnerstag nächster Woche mit dem Untage der Unabhängigen Sozialdemokratie auf Einführung des Umlageverfahrens und Festsetzung des Erzeugerhöchstpreises für Kartoffeln auf 30 Mark Zentner beschließen wird, dafür zu sorgen, daß dem Wucher mit Kartoffeln reflexlos ein Ende bereitet wird.

Die billigen deutschnationalen Kartoffeln!

Uns wird geschrieben: Das werktätige Volk schreit unter der Last der Wucherpreise für das einfachste und notwendigste Nahrungsmittel: Kartoffeln. Doch es gibt Stellen in Berlin, die ein Kartoffel-Dorado darstellen. Und zwar im ureigensten Nachbereich des wahrhaft edlen und großen Demokraten Damiens. Unter den Linden 72, im ehemals königlichen Brühlchen, jetzt wahrhaft republikanischen Ministerium des Innern.

Wichtig fahren dort in den Ministerialhof Schupo-Lassauts, nicht mit Kaziagäten, sondern mit — Hunderten von Zentnern deutschnationaler Kartoffeln. Die deutschnationalen Landräte durch Auftrieb in ihren Landtreiben gemacht und die pro Zentner für 20 Mark, wörtlich: zwanzig Mark — da kauft, Proletarier, was! — an die Kartoffelnotleidenden „Hausangehörten“ des wahrhaft republikanischen Ministeriums des Innern abzugeben werden. Und das Interessante an der Geschichte ist, daß die hochwohlbornlichen Herren Geheimen, Obergeheimen und noch viel Geheimen Herren Räte des wahrhaft republikanischen Ministeriums in diesem Falle sich auch ganz plötzlich zu den „Hausangehörten“ mitrechnen um die günstige Gelegenheit dieses billigen Kartoffelkaufs sich nicht entgehen zu lassen. Ja, Proletarier, das ist was anderes! Sonst würde der „Herr Geheimrat“ es sich ernstlich verbitten, etwa zu den Hausangehörten gerechnet zu werden, wehe dem Unglücklichen, der dies wagte. Aber hier handelt es sich ja um deutschnationalen Kartoffeln, also — da macht's schon 'ne Ausnahme.

Die Getreideablieferung

Odensburg, 28. Oktober.

Die Konferenz der Ernährungsminister und Landwirtschaftsminister hat sich heute nach der Aussprache über die Kartoffelversorgung mit der Frage der Brotgetreideversorgung beschäftigt. Der Präsident der Reichsgetreidekasse berichtete über den Stand der Ablieferung von Umlagegetreide. Bis zum 15. Oktober war die im Gesetz bis zu diesem Zeitpunkte verlangte Menge an abgeliefertem Getreide — Gesamtumlage — erheblich überschritten. Die Ablieferung lag einschließlich zum 25. Oktober bei 1 065 802 Tonnen gleich 43 Prozent der Gesamtumlage. Schon dieses statistische Ergebnis der Erfassung steht zusammen mit der getätigten Einschleppung der Brotversorgung bis zum Frühjahr. Die Konferenz sprach sich dahin aus, daß mit allem Nachdruck die weitere Erbringung der Umlage zu betreiben und gegen schuldhaft säumige Landwirte unmissverständlich mit den gesetzlichen Handhaben vorgegangen werden solle.

Die nächste Konferenz findet in Darmstadt statt.

Truppengliederung, Führung, Vorbereitungen für Brandenburg, Reichlinien und sogar das Hauptquartier ist ihm bekannt. Das sieht so aus:

Das Hauptquartier setzt sich aus 10 Genossen zusammen, von denen wir nur folgende nennen wollen: Stöcker, Brandt, Rosenbergs, Rodemann, Witte, Abramowitsch, Sendemann.

Wenn das wahr wäre, dann täte uns diese „Rote Armee“ schon jetzt leid. Denn von ihrer obersten Führung sieht der eine, Brandt, im Gefängnis. Der andere, Stöcker, pflegt spurlos zu verschwinden, wenn es knallt. Der dritte, Rosenbergs — nun, den muß man lenken, um sich das arme Lüderchen als Kommandeur einer Roten Armee vorzustellen. Und ein weiterer Oberkommandeur, Abramowitsch, gilt gar als der schlimmste Feind aller Volkswissen und Roten Armeen. Er ist der Führer der russischen Menschewiki.

Also diesmal was es nichts mit der Sensation. Und wenn Herr Wulle nichts Besseres bieten kann, dann mag er seine Zeitungen ruhig wieder einstellen. Selbst als politisches Umlenkungsmandat stehen solche Wädhren nicht mehr. Das ist noch nicht einmal Spitzelarbeit, denn so dumme ist selbst ein Spitzel nicht.

Letzte Meldung

Ausraubung eines Postamtes

Große Aufregung herrschte gestern Abend in dem sonst so stillen Hauptort Rehin. Gegen 8 Uhr nachmittags fuhr plötzlich in Schnellfahrt ein mit sechs Männern besetztes Automobil in die Ortschaft und hielt vor dem Postamt. Die Insassen sprangen aus dem Kraftwagen heraus, eilten in das Amt hinein und zwangen mit vorgehaltenen Schusswaffen die dort tätigen Beamten, sich nicht von der Stelle zu rühren oder Lärm zu schlagen. Die Ueberwachten konnten auch keinen Widerstand angesichts der kardiobestärkten Uebermacht leisten und mußten ruhig zusehen, wie mehrere Mitglieder der Räuberbande sich dabei machten, die Geldkassen und Wertgegenstände zu plündern. Nachdem die Bande alles an sich genommen hatte, was sie in der Eile zusammenraffen konnte, eilten sie wieder auf die Straße hinaus, sprangen in den Wagen, der sehr bereit mit angefuhrtem Motor auf sie wartete, und sagten in wildem Tempo in der Richtung nach Berlin zu davon. Wie sich nachträglich herausstellte, hatte die Räuberbande fast sämtliche Telefonleitungen und Telegraphenadähte zerstört.

Erbeuter hat die Räuberbande 80 000 Mark bares Geld und eine Menge Postwertzeichen, zusammen für ungefähr 200—300 000 Mark.

